

*REDEBEITRAG 4.11 von KOP - Racial Profiling - Innenminister\_innenkonferenz 2012 in Rostock Warnemünde*

Innenminister\_innenkonferenz versenken! Wir als KOP - Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt - solidarisieren uns mit den Protesten gegen die Innenminister\_innenkonferenz hier in Rostock.

Für uns sind die deutschen Innenminister\_innen, der Bundesinnenminister sowie diese ganze Konferenz Teil eines gesamtgesellschaftlichen Problems, das Rassismus heißt und das die Gesellschaft spaltet in Menschen mit und Menschen mit weniger Rechten.

Die deutsche Gesellschaft ist auf rassistischer Ideologie gegründet. Das zeigt sich in ihren Gesetzen, ihren Medien, ihrer Innen- und Außenpolitik, ihrer Polizei, in der Praxis des Racial Profiling. Menschen, die nicht aussehen wie gute Deutsche. Migrant\_innen und Afrodeutsche, Türken und Araber, Geflüchtete und Roma, Neuköllner\_innen und Kreuzberger\_innen. Aus ihnen macht die Polizei und ihr System Verdächtige, Flüchtende, Kriminelle. In Berlin darf die Polizei ohne Angabe von Gründen Menschen anhalten, kontrollieren.

Migrant\_innen, Geflüchtete, Afrodeutsche und andere, die die Staatsgewalt als Nichtdeutsch- und damit besonders suspekt - definiert, werden häufig Opfer polizeilicher Misshandlung. Wollen sich die Betroffenen wehren, treffen sie nicht selten auf eine Mauer des Schweigens und des Misstrauens.

Es geht uns darum, rassistisch motivierte Polizeiangriffe und Polizeikontrollen öffentlich zu machen, um so Solidarität mit den Betroffenen zu fördern.

Im Rahmen von verdachtsunabhängigen Kontrollen werden ohne Angabe von Gründen Gruppen kontrolliert, denen spezielle Arten von Kriminalität anhand bestimmter Merkmale zugeordnet werden. Damit sind ihre Rechte faktisch außer Kraft gesetzt.

Die Kontrollen betreffen nicht alle: Während die einen nicht kontrolliert werden, die Möglichkeit haben weg zusehen und so zu tun als sei die Welt in Ordnung, unterliegen andere selektiven rassistischen Polizeikontrollen, die nicht selten von Beleidigungen und körperlichen Angriffen begleitet sind und in willkürlichen Ingewahrsamnahmen münden. Das muss sich ändern!

Denn diese rassistische polizeiliche Praxis kann auch deshalb stattfinden, weil sie sowohl von Seiten der Politik als auch von weiten Teilen der Gesellschaft befürwortet wird. Ständig werden in den Medien, in der Politik, in der Wissenschaft und im Alltag rassistische Vorurteile wiederholt, die People of Color in Verbindung mit Kriminalität bringen. So wird das Bild erzeugt, dass von Rassismus Betroffene kriminell seien und deshalb auch von der Polizei, dem „Freund und Helfer“, unhinterfragt kontrolliert werden dürfen.

Im zuständigen Innenministerium ist man sich einig, dass bestimmte „Bereiche des öffentlichen Drogenhandels von Personen einer bestimmten Hautfarbe oder Herkunft dominiert werden“, weshalb „sich die polizeilichen Maßnahmen konsequenterweise zunächst gegen diesen Personenkreis“ richten. Mit dem Ergebnis, dass beispielsweise hier selektiv Menschen kontrolliert und kriminalisiert werden.

Wir treten ein für unsere Rechte. Für das Recht, nicht von der Polizei kriminalisiert zu werden. Für das Recht, nicht von der Polizei geschlagen zu werden. Für das Recht auf eine faire Behandlung. Ohne Unterschiede.

Wir fordern die Abschaffung aller bürgerrechts- und rechtsstaatsfreien Räume. Das Instrument der verdachts- und anlassunabhängigen Kontrolle muss aus der Hand der Polizei genommen werden.

Was können wir dagegen tun?

Hinschauen, stehen bleiben, nachfragen, einmischen, Hilfe anbieten, dokumentieren, sich als Zeuge/Zeugin anbieten, Dienstnummer verlangen, Anzeige erstatten, Beratung einholen, sich vernetzen, Öffentlichkeitsarbeit machen!

Die Innenminister\_innen der Länder und der Bundesinnenminister sind sich darüber einig, dass von People of Color eine Gefahr für die innere Sicherheit und Sicherheit eines jeden einzelnen ausgehe. Das ist Panikmache, die mit den Ängsten der weißen Mehrheitsgesellschaft spielt. Diese Art von Politik hat in Deutschland schon vielfach zu Brandanschlägen und rassistischen Morden geführt. Die neuerlichen Äußerungen von Bundesinnenminister Friedrich zu einem bevorstehenden „massenhaften Asylmissbrauch“ sind gefährlich, weil sie genau in diese Richtung gehen.

Wir fordern die lückenlose Aufklärung aller rassistischen Morde - nicht nur die der NSU - sondern auch die der Polizei.

Wir wehren uns gegen den strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei!

Wir wehren uns gegen den Rassismus in der deutschen Gesellschaft!

Und wir wehren uns auch gegen die Behandlung von Asylsuchenden durch die Innenpolitik der Bundesregierung und der Länder!

Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Geflüchteten und fordern die Abschaffung der Residenzpflicht, die Anerkennung aller Asylsuchenden als politisch Verfolgte, das heißt den Stopp aller Abschiebungen und die Abschaffung der Zwangsunterbringung in Lagern und den sofortigen Stopp aller Abschiebungen!